



# HESSISCHER LANDTAG

16. 07. 2014

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Fehlsubventionierungsabgabe in Hessen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erachtet die Wiedereinführung einer gesetzlichen Fehlsubventionierungsabgabe in Gemeinden mit Sozialwohnungen als notwendig und begrüßt daher die Koalitionsvereinbarung der Regierungskoalition hierzu.
2. Die Erstellung des Gesetzes soll folgende Grundsätze beachten:
  - a) Es soll sichergestellt werden, dass sobald wie möglich eine Erhebung der Fehlsubventionierungsabgabe in Hessen erfolgt.
  - b) Die Abgabenhöhe muss dabei so ausgestaltet werden, dass die Sozialmiete und die Fehlsubventionierungsabgabe zusammen den Betrag der Miethöhe auf dem freien Wohnungsmarkt nicht überschreiten. Damit sollen Leerstände von öffentlich gefördertem Wohnraum vermieden werden.
  - c) Es ist ebenfalls im Gesetz sicherzustellen, dass Kommunen, für die eine Erhebung einer Fehlsubventionierungsabgabe unwirtschaftlich wäre, davon ausgenommen werden.
  - d) Die Kommunen sollen bei der Erstellung der neuen gesetzlichen Regelungen für die Fehlsubventionierungsabgabe eng eingebunden werden.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. Juli 2014

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Bellino**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Die stellv. Fraktionsvorsitzende:  
**Erfurth**